

PRESSEMELDUNG

12. März 2020

Coronakrise erfasst Mittelstand

Linnemann fordert Deutschlandfonds und sofortigen Krisenstab

Der Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Carsten Linnemann fordert einen „Deutschlandfonds“ zur Eindämmung der wirtschaftlichen Folgen in der Corona-Krise. „Deutschland braucht jetzt eine wirtschaftspolitische Gesamtstrategie“, sagt Linnemann. „Kernelement sollte ein Deutschlandfonds ‚Corona‘ sein, um die Liquidität der von der Krise betroffenen, eigentlich gesunden Unternehmen sicherzustellen. Diese Unternehmen und ihre Mitarbeiter dürfen wir jetzt nicht hängen lassen.“ Linnemann schlägt dazu eine Größenordnung von bis zu 100 Milliarden Euro vor.

„Die Corona-Krise hat inzwischen den gesamten Mittelstand direkt oder indirekt erfasst, von der Reisebranche über den Messebau bis hin zum Mittelständler, der auf wichtige Bauteile aus anderen Ländern wie Italien oder China wartet“, stellt Linnemann fest. Der Fonds müsse deshalb mit Blick auf die Liquiditätsengpässe kurzfristig eingerichtet werden. Aus Linnemanns Sicht sollten wie schon in der Wirtschaftskrise 2008/2009 die Staatsbank KfW und die Landesbürgschaftsbanken eine zentrale Rolle bei der Begleitung und Bewilligung von Krediten übernehmen. Denn es müssten genau jene Unternehmen Kredite bekommen, die sie aufgrund von Corona auch tatsächlich benötigen. „Flankiert werden muss die Maßnahme mit Steuerstundungen und einer flexibleren Handhabung der Regulierung von mobilem Arbeiten und Arbeitszeiten sowie einem Belastungsmoratorium“, fordert Linnemann. „Jeder Tagesordnungspunkt im Bundestag, der Auswirkungen auf die Wirtschaft hat, muss darauf überprüft werden, ob er uns bei der Bewältigung der Krise weiterhilft oder nicht.“

Es zeige sich „immer mehr, dass manche Behörden vor Ort oder auch in den Ländern überfordert sind“. Deshalb sei ein bundesweit abgestimmtes Vorgehen gefordert: „Im Kanzleramt muss schnellstmöglich ein Krisenstab eingerichtet werden, der fach- und länderübergreifend arbeitet. Denn es geht mittlerweile nicht mehr nur um gesundheitspolitische, sondern auch um massive wirtschaftspolitische Belange.“

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) – vormals Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU – ist mit rund 25.000 Mitgliedern der größte parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. Die MIT setzt sich für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und für mehr wirtschaftliche Vernunft in der Politik ein.

Kontakt

Hubertus Struck
Leiter Kommunikation
MIT-Bundesgeschäftsstelle
Schadowstr. 3
10117 Berlin
T: 030 220798-17
struck@mit-bund.de
www.mit-bund.de